

Ist der Rechtsstaat nichts mehr wert?



MAG. SABINE MATEJKA ist Richterin des BG Leopoldstadt und Präsidentin der Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter.

DIE AUFREIBENDE PHASE DER BUDGET-DEBATTEN LIEGT HINTER UNS, der Sommer verspricht eine kurze Verschnaufpause – auch für die Standesvertreter. Im Herbst werden wir wieder all unsere Kräfte brauchen, um uns für die nächsten Budgetverhandlungen vorzubereiten, Argumente zu sammeln und die Bedürfnisse und Nöte der Justiz zu erklären und sichtbar zu machen. Wir nutzen die kurze Sommerpause für eine Klausur und zur Sondierung der zahlreichen Einsendungen an zukunft@richtervereinigung.at. An dieser Stelle darf ich schon jetzt unseren Dank für die rege Beteiligung aussprechen!

Aber es ist auch wieder Zeit, um über den eigenen Tellerrand zu blicken. Die dramatischen Entwicklungen in Polen, die praktisch ungebremsten Angriffe auf die polnischen Richter und die Hilflosigkeit der Europäischen Union machen schlicht fassungslos. Auch in Ungarn wird schon seit längerem Einfluss geübt und an der Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit gerüttelt. In Rumänien wird eine weltweit angesehene Staatsanwältin und „Korruptionsjägerin“ ihres Amtes enthoben. Was ist passiert, was läuft falsch in unserer heilen, demokratischen Welt?

Sie meinen, das betrifft uns nicht? Sind Sie sicher? Wir sprechen immerhin von EU-Mitgliedsstaaten. Wir sprechen davon, dass es offenkundig keine geeigneten Mittel in der Europäischen Union gibt, um der Erosion des Rechtsstaats entgegenzuwirken und Politiker, die Gewaltentrennung als unverbindliche Empfehlung betrachten, in die Schranken zu weisen. Das geht uns sehr wohl etwas an! Populistische Strömungen in praktisch allen Ländern

Europas, politische Parteien, die mit ihren Programmen am Rande der jeweiligen Verfassung balancieren – auch die EU-Staaten sind längst keine Inseln der Seligen mehr. Die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und einer unabhängigen Gerichtsbarkeit sind höchst aktuelle Themen und gehen gerade uns Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte etwas an. Wir sind sozusagen der Seismograph der rechtsstaatlichen Gesellschaft. Wir bemerken Veränderungen und negative Einflüsse, lange bevor sie der breiten Öffentlichkeit bewusst werden.

Als Standesvertretung haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit zu fördern und zu verteidigen. Das gilt auch grenzüberschreitend. Die Europäische Richtervereinigung – EAJ (als Teilorganisation der Internationalen Richtervereinigung – IAJ) ist ein Zusammenschluss unabhängiger Richtervereinigungen, die eben diese Interessen auch auf supranationaler Ebene vertritt. Wer im eigenen Land als Standesvertretung kein Gehör mehr findet, braucht dringend internationale Unterstützung. Gerade in den letzten Jahren ist die Europäische Richtervereinigung oft um Unterstützung ersucht worden. Zu oft. Es ist eine höchst bedenkliche Entwicklung, die wir seit längerer Zeit beobachten – und kein Ende in Sicht. Immer mehr Standesvertretungen benötigen Unterstützung, berichten über Probleme und Eingriffe in die Unabhängigkeit. In der Konferenz der EAJ im vergangenen Mai in Berlin haben wir ua Maßnahmen zur regelmäßigen Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit der EU-Mitgliedsstaaten, die in Artikel 2 des EU-Vertrags verankert ist, gefordert

<http://www.iaj-uim.org/iuw/wp-content/uploads/2018/05/resolution-final-on-art-2.pdf>). Das wäre ein wichtiger Schritt. Doch das eigentliche Problem ist, dass die Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, Werten wie der Rechtsstaatlichkeit immer öfter zu wenig Bedeutung beimessen. Selbst wenn einige Tausend auf die Straße gehen und für die Unabhängigkeit der Gerichte demonstrieren, schweigt die große Masse, oder goutiert es sogar, dass die Regierung „durchgreift“. Wenn Richterinnen vorzeitig in Pension geschickt werden, wenn Besetzungsverfahren massiver Einflussnahme durch die Regierung unterliegen, weil angeblich kommunistische / staatsfeindliche / korrupte (you name it...) Richter „endlich“ aus dem Amt entfernt werden müssen, dann schrillen alle Alarmglocken. Doch weite Teile der Bevölkerung schweigen. Das ist verstörend, frustrierend, beängstigend. Wie wäre es wohl in Österreich? Wer würde für unsere Unabhängigkeit auf die Barrikaden steigen und mit uns kämpfen?

« Vieles ist im Umbruch, auch die Justiz muss sich Veränderungen stellen. Aber sie müssen gut überlegt sein und ihre langfristigen Auswirkungen bedacht werden. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Prozess teilhaben und den Wert des Rechtsstaats hochhalten. Seien wir wachsam, aber nicht verharrend. »

Wie hieß es so schön in der Werbung: man muss rechtzeitig drauf schauen, dass man's hat, wenn man's braucht. Das Verständnis der Bevölkerung für unsere Unabhängigkeit und rechtsstaatliche Prinzipien kann nicht mehr als gegeben vorausgesetzt werden. Die Schulen versagen oder sind aufgrund zahlreicher anderer Probleme völlig überfordert, der nächsten Generation diese Werte zu vermitteln. Wir kommen nicht umhin, uns darüber Gedanken zu machen und unseren Beitrag zu leisten, um wieder mehr Bewusstsein zu schaffen. Als Ständesvertretung werden wir das bei jeder sich bietenden Gelegenheit tun. Doch das kann nur gelingen, wenn man uns und unserer Arbeit Vertrauen entgegenbringt. Dieses Vertrauen zu erhalten oder zu wecken, ist aber unser aller Aufgabe. Jede Verhandlung, jede Form von Parteienverkehr, unser Umgang mit Mitarbeiterinnen und Rechtspraktikanten – all das trägt dazu bei, ob man uns vertraut – oder nicht.

Eines muss uns ganz klar bewusst sein: unser Ruf und das Vertrauen in unsere Arbeit sind auch ein wesentlicher „Joker“ in Budget- und Personalverhandlungen. Nur eine starke und akzeptierte Justiz kann erfolgreich Forderungen stellen. Politiker sind pragmatisch. Wer keine Lobby hat, wird schnell überfahren. Unsere Sonderstellung als Dritte Staatsgewalt reicht längst nicht mehr aus, wir werden wie jede andere „öffentliche Einrichtung“ behandelt – die vergangenen Budgetverhandlungen waren dafür der traurige Beweis. Man kann dies beklagen und bejammern, aber man muss sich den Tatsachen stellen. Neue Zeiten erfordern neue Strategien. Bewusstseinsbildung ist eine davon, Selbstreflexion eine andere.

Wir müssen aber auch aufmerksam sein, wenn vertrauensschädigende Gerüchte über die Arbeit der Justiz gestreut werden. Wenn Medien manipuliert werden oder selbst manipulieren, wenn die Justiz durch unzureichende Ressourcen geschwächt wird

oder ihre Vertreter grundlos in Misskredit gebracht werden. Das Muster ist in allen Ländern immer das selbe. Wir kennen die Mechanismen und müssen wachsam sein.

Der Justizminister hat sich uns gegenüber zu einer unabhängigen Justiz bekannt. Doch wo genau die Regierung steht, ist bis heute in vielen Punkten nicht ganz klar. Das Regierungsprogramm lässt vieles offen und die Budgetkürzungen bremsen zahlreiche wichtige Projekte. Das ist nicht gerade vertrauensfördernd. Ich würde mir ein klares Bekenntnis der Regierungsspitze zur Rechtsstaatlichkeit wünschen. Eine Rechtsstaatlichkeit, die auch etwas kosten darf, in der Qualität Vorrang hat. Ich wünsche mir eine Justizpolitik, die nicht nur aus Schlagzeilen besteht und Wählerstimmen zu gewinnen versucht. Der Wert des Rechtsstaats muss auch von Politikerinnen verteidigt und vermittelt werden. Sie tragen – wie wir – Verantwortung für das Vertrauen in die Justiz. Hoffentlich sind sie sich dieser Verantwortung auch bewusst. Damit nicht eines Tages auch wir unsere europäischen Schwesterorganisationen um Unterstützung bitten müssen.

Vieles ist im Umbruch, auch die Justiz muss sich Veränderungen stellen. Aber sie müssen gut überlegt sein und ihre langfristigen Auswirkungen bedacht werden. Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Prozess teilhaben und den Wert des Rechtsstaats hochhalten. Seien wir wachsam, aber nicht verharrend. Werben wir für das Vertrauen in unsere Arbeit und kämpfen wir für den Ruf unseres Standes. Bloßer Protest reicht nicht, wir müssen unsere Forderungen glaubwürdig vermitteln. Wir haben in den letzten Monaten durchaus erfolgreich die Grenzen aufgezeigt. Für die nächsten Budgetverhandlungen haben wir hoffentlich einen konstruktiveren Weg bereitet. 2018 darf sich nicht wiederholen. Der Rechtsstaat muss wieder etwas wert sein.

SABINE MATEJKA